

ÖSTERREICHISCHE  
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

**JAHRESBERICHT 2008**

ÖSTERREICHISCHE  
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

**Impressum:**

**Herausgeber und Medieninhaber** | Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat | Liechtensteinstraße 22 | A-1090 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: [office@uniko.ac.at](mailto:office@uniko.ac.at) | [www.uniko.ac.at](http://www.uniko.ac.at)

**Redaktion** | Manfred Kadi | Generalsekretariat

**Gestaltung** | Grafik-Atelier Heuberger | Wien

**Fotos** | photocase | Tub\_am | c-mone | pixeller | doc\_lopez | Gerti G. | Fiebke | hebi | lio | uniko-Archiv | BMWF

APA | picturedesk.com | Franz Pflügl | osaka | Gerhard Heller | Lisa Rastl | Dragan Tatic | HBF | ORF

**Druck** | Kärntner-Druckerei | Klagenfurt

<b>KOMMENTAR PRÄSIDENT BADELT</b> _____	2
<b>KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ</b> _____	3
<b>KOMMENTAR EUA-PRÄSIDENT WINCKLER</b> _____	4
<b>GRUSSWORT BUNDESMINISTER HAHN</b> _____	5
<b>JAHRESRÜCKBLICK</b> _____	6
<b>KOMMENTAR RFTE-VORSITZENDER CONSEMÜLLER</b> _____	8
<b>KOMMENTAR FWF-PRÄSIDENT KRATKY</b> _____	9
<b>INTERVIEW SEKTIONSCHEFIN FREISMUTH</b> _____	10
<b>GRUSSWORT CRUS-PRÄSIDENT LOPRIENO</b> _____	12
<b>INTERVIEW SENATSVORSITZENDE HANAPPI-EGGER</b> _____	13
<b>GRUSSWORTE DER UNIRATSVORSITZENDEN</b> _____	14
<b>FORUMSNOTIZEN: BUDGET</b> _____	16
<b>FORUMSNOTIZEN: FORSCHUNG</b> _____	17
<b>FORUMSNOTIZEN: INTERNATIONALES</b> _____	18
<b>FORUMSNOTIZEN: LEHRE</b> _____	19
<b>BOLOGNA-PROJEKTE: KOMMENTAR REFERENTIN WESTPHAL</b> _____	20
<b>BOLOGNA 2010: KOMMENTAR VIZEREKTOR SPIEGL</b> _____	21
<b>DACHVERBAND: KOLLEKTIVVERTRAG</b> _____	22
<b>SPLITTER: MOMENTAUFNAHMEN 2008</b> _____	23
<b>KUNSTUNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR BAST</b> _____	24
<b>MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR SCHÜTZ</b> _____	25
<b>HOCHSCHÜLER/INNENSCHAFT: KOMMENTAR AL-MOBAYYED</b> _____	26
<b>MEDIENECHO: BOTSCHAFTEN UND LAUTSTÄRKE</b> _____	27
<b>ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ</b> _____	28
<b>GENERALSEKRETARIAT</b> _____	31

## KOMMENTAR

# EIN JAHR DER VERSÄUMNISSE UND DER ERRUNGENSCHAFTEN



**Christoph Badelt**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident

**F** Die großen Vorhaben der Wissenschaftspolitik fielen 2008 allesamt dem Bruch der Koalition, verbunden mit Neuwahlen und Regierungsbildung, zum Opfer: Die „Weiterentwicklung“ des Universitätsgesetzes (UG) 2002 blieb in den parlamentarischen Schubladen liegen; das Universitätenbudget stand entgegen den gesetzlichen Fristen zum Jahresende nicht fest; der Uni-Kollektivvertrag, 2007 mit der Gewerkschaft finalisiert, wird im ersten Halbjahr 2009 wieder zum Thema.

War 2008 also ein verlorenes Jahr für die Universitäten? Nun, die Österreichische Universitätenkonferenz (uniko) hat das erste Jahr unter ihrem neuen Namen dazu genutzt, in den zentralen hochschulpolitischen Fragen Flagge zu zeigen – sowohl bei der parlamentarischen Enquete zum UG im April als auch bei der Auseinandersetzung um Studiengebühren und Zugangsbedingungen im Sommer sowie bei der Universitätsfinanzierung im Herbst. Bei all diesen Themen hat die uniko bewiesen, dass sie bei ihrem Bemühen um Konsens dort, wo es angezeigt war, auch den Konflikt nicht scheut.

Die uniko hat daher beim Entwurf zur UG-Novelle klargemacht, dass sie trotz einiger Lichtblicke wie der Definition qualitativer Zugangsregeln eine gefährliche Neigung des Wissenschaftsministeriums (BMWF) zum Rück-

bau der Autonomie erkennt. Die uniko hat auch massiv davor gewarnt, die Abschaffung der Studiengebühren mit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen zu verknüpfen – leider vergeblich. Dafür hat sich die uniko mit ihrer Roadmap zur Universitätsfinanzierung als Meinungsführer etabliert: In der Vorahnung, dass Politiker kaum über eine Legislaturperiode hinaus denken, wurde ein Budgetpfad mit verpflichtenden Markierungen erstellt, um die allseits gewünschte Anhebung des Uni-Budgets bis 2020 auf Schiene zu bringen. Die politischen Akteure standen plötzlich unter Zugzwang: Sowohl der Drei-Parteien-Entschließungsantrag im September als auch die jüngsten Budgetzusagen aus dem BMWF nach dem Jahreswechsel stützten sich auf die uniko-Berechnungen.

Wie sehr der Argwohn gegenüber politischen Absichtserklärungen, speziell in Wahljahren, berechtigt ist, machte neben den widersprüchlichen Ankündigungen des BMWF zum Uni-Budget auch das Regierungsprogramm deutlich: Dort wurde zwar ein feierliches Bekenntnis abgelegt, die Investitionen in den tertiären Bildungssektor auf zwei Prozent des BIP anzuheben – vom Zeithorizont 2020 war aber keine Rede mehr. 2009 wird die Stunde der Budgetwahrheit schlagen, und die uniko wird die Politik an ihre Aussagen erinnern – auch das im Sinne von Weiterentwicklung der Autonomie. 

## VON STERN- UND ANDEREN STUNDEN: GESETZGEBUNG OHNE EXPERTISE

**Heribert Wulz**  
Mag.  
Generalsekretär



**Q**uasi am Vorabend seiner Neuwahl schwang sich der Nationalrat am 24. September 2008 zu weitreichenden Änderungen des Universitätsgesetzes (UG) auf. Was manchen geradezu eine Sternstunde des Parlamentarismus zu sein schien, entpuppt sich aus kritischer Distanz betrachtet als gesetzgeberische Fehlleistung zur Geisterstunde.

Wesentlichstes Ziel der Novelle ist es, dass möglichst wenige Studierende in Zukunft noch Studienbeiträge zu entrichten haben. Diese werden aber nicht einfach abgeschafft, sondern der Kreis der Betroffenen wird durch ein äußerst kompliziertes und rechtstechnisch an vielen Stellen verunglücktes Regelwerk sehr stark eingeschränkt. Im Ergebnis entfallen nicht nur die Einnahmen weitgehend, sondern es sind auch noch erhebliche Mittel zur Administration dieser Bestimmungen zu verschwenden, von der Belastung anderer Behörden und den Frustrationen verwirrter Studierender ganz zu schweigen.

Darüber hinaus werden die Zugangsregelungen zu besonders überlasteten Studienrichtungen modifiziert, die Zahl der Studienplätze in den medizinischen Fächern soll stark steigen. Hat sich jemals jemand überlegt, ob es sinnvoll ist, die Zahl der Studienplätze in bestimmten Bereichen ausschließ-

lich nachfrageorientiert ohne Berücksichtigung anderer Aspekte zu vermehren? Manche meinen, es sei ganz gut, dass die enormen Summen, die die Umsetzung dieser Beschlüsse kosten würde, nicht zur Verfügung stehen werden ...

Die uniko hat die Parlamentarier eindringlich vor der Verabschiedung dieser Novelle gewarnt, und sie hat mit ihren Prognosen leider recht behalten: Die zugleich versprochenen zusätzlichen Mittel für die Universitäten schmelzen in der Hitze der aktuellen Wirtschaftskrise (und wohl nicht nur aus diesem Grund) wie das Eis in der Sonne. Der Ersatz der Studienbeiträge aus dem Bundesbudget bindet jetzt jene Mittel, die für die Profilbildung der Universitäten dringend gebraucht würden.

Das Streben nach kurzfristigen Erfolgen ist der Politik wesensimmanent, besonders wenn die nächste Wahl nur wenige Tage entfernt ist. Dann ist das politische Symbol oft wichtiger als ein langfristig verfolgtes, sachgerechtes Konzept. Und dem Parlament fehlt zur Gesetzgebung per Initiativantrag häufig einfach die dafür nötige professionelle Expertise. Neu sind all diese Probleme nicht, doch sie werden nur selten so deutlich sichtbar wie an den Folgen des 24. September. **J**

## KOMMENTAR

# VERNETZUNG DER UNIVERSITÄTEN IN EUROPA ALS CHANCE NUTZEN



**Georg Winckler**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident der European  
University Association – EUA

**R** Der Blick auf vier Jahre Engagement als Präsident der Europäischen Universitätenkonferenz (EUA) zeigt, dass die europäischen Mühlen zu mahlen beginnen – schneller, als es von manchem Nationalstaat wahrgenommen wird, schneller auch, als es Nationalstaaten lieb ist. Für Universitäten aus kleineren Ländern bietet die Vernetzung auf europäischer Ebene große Chancen: in Forschung und Lehre, für die Universitätsleitungen im Sinne des Institutional Learning. Der Wettbewerb um die besten Köpfe – unter den Studierenden und unter den Wissenschaftlern/innen – findet längst ohne nationale Grenzen statt, jedenfalls zunehmend im Europäischen Hochschul- und Forschungsraum.

Das Jahr 2008 nutzte die EUA dafür, um das nächste Treffen der Bologna-Bildungsminister im April 2009 vorzubereiten, aber auch um zentrale Positionen wie die „European Universities’ Charter on Lifelong Learning“ zu entwickeln. Die Strategiepapiere zu „Bologna beyond 2010“ werden im Frühjahr 2009 in Prag finalisiert.

Das universitäre Studium soll forschungsgeleitet sein. Um dies nachhaltig zu sichern, muss Europa auch ein international konkurrenzfähiger Forschungsraum sein. Dies setzt die Finanzierung europaweiter Forschungsprogramme voraus, die auf Exzellenz aufbauen und zu denen auch junge Wissenschaftler/innen Zugang finden. Das

European Research Council (ERC) hat seit 2007 diesbezüglich neue Maßstäbe gesetzt. Die Anzahl der erhaltenen ERC Advanced Grants wird ein Kriterium der europäischen Exzellenz.

Die Kooperation von Universitäten und außer-universitären Forschungseinrichtungen sowie die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und der Wirtschaft wurden gestärkt: Die „Responsible Partnering Initiative“ soll neuen Schwung in die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bringen.

Die Erklärung der EUA mit dem Titel „Europe’s Universities beyond 2010: Diversity with a common purpose“ betont die Notwendigkeit von mehr Autonomie, da diese den Wissenstransfer zwischen der Wirtschaft und den Universitäten stützt und private Finanzierungen für Universitäten erleichtert. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die autonomen Universitäten finanziell gut ausgestattet sind. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, damit Europa mit dem Rest der Welt konkurrieren kann.

Betreffend die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Universitäten ist Österreich, abgesehen von Fragen des Universitätszugangs, einen großen Schritt voraus. Die Finanzierung der Universitäten und der Forschung sollte jedoch so umgebaut und verstärkt werden, dass sich heimische Einrichtungen im Europa des Wissens profilieren können.

## GRUSSWORT

# UNIVERSITÄTEN SIND MOTOREN DES WISSENSSTANDORTES ÖSTERREICH

**Johannes Hahn**  
Dr.  
Bundesminister  
für Wissenschaft  
und Forschung



Der Stellenwert der Universitäten in der Gesellschaft ist ein wichtiger Gradmesser für die kulturelle und geistige Reife eines Landes. Für eine starke Zukunft der österreichischen Universitäten, die sich selbstbewusst dem internationalen Vergleich stellen, ist eine positive Weiterentwicklung nach den Prinzipien von Leistung und Qualität ein absolutes Muss.

Der Wissensstandort Österreich entwickelt sich gut, und unsere Universitäten sind die wichtigsten Motoren dafür. Deshalb war es mir und der gesamten Bundesregierung wichtig, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein positives Signal zu setzen und in Wissenschaft und Forschung zu investieren.

Für die Universitäten bedeutet das von 2010 bis 2012 neben der Erstattung der Studiengebühren ein finanzielles Plus von fast 20 Prozent. Ein Ergebnis, das sich angesichts der Haushaltslage sehen lassen kann. Die Universitäten haben sich im Zuge der Autonomie und durch ihre Schwerpunktsetzungen zu anspruchsvollen und international anerkannten Kompetenzzentren weiterentwickelt. Diesen Weg der Qualität in Lehre, Forschung und gesellschaftlichem Anspruch möchte ich gemeinsam mit Ihnen im Interesse der Universitäten fortsetzen.

Um den Erwartungen der Studierenden und der Universitäten gleichermaßen zu entspre-

chen, stehen wir vor einer Qualitätsinitiative, die den Universitäten eine moderne Verwaltung und den Studierenden klare Perspektiven für ihre Karriereplanung geben soll.

Für die kommenden Verhandlungen zu den Leistungsvereinbarungen werde ich den Fokus auf die Themen „Universitäten als Arbeitgeber“, „Frauen an Universitäten“, „Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Universität“, „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ sowie „Lebenslanges Lernen“ und „Berufsbegleitende Studienangebote“ legen.

Universitäten stehen heute national und international im Wettbewerb um die besten Köpfe und größten Talente. Sie haben großes Interesse, engagierte und zielstrebige Studierende, Lehrende und Forschende anzuziehen.

Aufgrund der neuen Gegebenheiten – nach einer größtenteils Abschaffung der Studienbeiträge – möchte ich mit Ihnen die Überlegungen hinsichtlich der Einführung von Studieneingangphasen vorantreiben, um das Potenzial engagierter Studierender und die vorhandenen universitären Ressourcen bestmöglich zu nutzen. Nur dann sind wir für den internationalen Wettbewerb gut gerüstet und bleiben ein attraktiver Lehr- und Forschungsstandort für engagierte und talentierte Menschen aus der ganzen Welt.

## JAHRESRÜCKBLICK

# BRUCHRECHNUNGEN IM UNI-BUDGET UND POLITISCHE ABRECHNUNGEN

**R** Nach 18 Monaten war das Kabinett Alfred Gusenbauer Geschichte: Mit dem denkwürdigen Satz: „Es reicht“ kündigte ÖVP-Obmann Wilhelm Molterer am 7. Juli 2008 das Regierungsbündnis mit der SPÖ auf – ein folgeschwerer Schritt, dessen Tragweite für die Universitäten erst kurz vor der für 28. September anberaumten Nationalratswahl sichtbar werden sollte. In einer stürmischen Nachtsitzung wurden im Hohen Haus politische Rechnungen beglichen und – allen Warnungen der Rektoren zum Trotz – die Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen weitgehend abgeschafft, die umstritte-

**R** Dabei hatten die ersten Monate 2008 durchaus vielversprechend begonnen: Beim Neujahrsempfang der uniko verkündete Wissenschaftsminister Johannes Hahn die „Weiterentwicklung“ des Universitätsgesetzes (UG) 2002, dessen Novellierung noch vor der Sommerpause über die politische Bühne gehen sollte. Im April wurde sogar eine parlamentarische Enquete zum UG abgehalten, zu der die Spitzen der Scientific Community und ein halbes Dutzend Rektoren geladen waren, um ihre Vorstellungen zu präsentieren. Allerdings wurde im Lauf des Juni schnell klar, dass der Begutachtungsentwurf des Wissenschaftsministeriums (BMWF) für die Weiterentwick-

ne UG-Novelle wurde auf Eis gelegt. Das zum politischen Spielball mutierte Universitätenbudget hielt folgerichtig Teile der neuen Regierung ebenso auf Trab wie die Mitglieder der Universitätenkonferenz (uniko). Allerdings hatte die uniko schon vor den Koalitionsturbulenzen begonnen, eine eigene Tagung auszurichten, und verabschiedete im Herbst eine Roadmap zur Unifinanzierung – mit konkreten Vorgaben zur Steigerung des Universitätenhaushalts bis 2020. Zumindest bis Jahresende sträubten sich die zuständigen Politiker, ihre finanziellen Zusagen vor der Wahl tatsächlich einzulösen. **R**

lung des UG in vielen Punkten auf einen Rückbau der Autonomie hinauslaufen würde – etwa durch die beabsichtigte Verfüffachung der Budgetreserve des Ministers sowie die Gefahr der massiven (Partei-)Politisierung der Universitäten. Dennoch waren in dem Gesetzesentwurf erstmals neue Akzente wie qualitative Zugangsvoraussetzungen im Master- und Doktoratsbereich erkennbar, mit denen sich das BMWF die Forderungen der uniko zu eigen machte.

Doch mit der nahenden Dämmerung der rot-schwarzen Koalition waren alle Überlegungen zur UG-Reform – die SPÖ hatte noch rasch

einen teils bizarren Gegenentwurf eingebracht – fürs Erste hinfällig geworden. In der Nacht von 24. auf 25. September fand sich vier Tage vor der Wahl eine Stimmenmehrheit aus den Oppositionsfraktionen der Grünen und FPÖ mit der SPÖ, um – aus unterschiedlichen Motiven – den ideologischen Kurswechsel hin zu Gratisstudium und „freiem Hochschulzugang“ via Drei-Parteien-Antrag zu vollstrecken.

Die bürokratischen Konsequenzen dieser teils haarsträubenden Bestimmungen sollten sich erst in den folgenden Monaten herausstellen, doch für die Maximierung der Stimmen von Jungwählern heiligte in der Intensivphase des Wahlkampfes der Zweck die Mittel. Der vormalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Karl Korinek sah sich in der Folge zum Rücktritt als Universitätsrat der Uni Salzburg veranlasst und begründete

diesen wie folgt: „Ich halte es in hohem Maß für unseriös, wenn Abgeordnete nicht in der Lage sind zu erfassen, was sie beschließen.“

Mit dem Koalitionsbruch zur Jahresmitte, dem Wahlkampf und der anschließenden Regierungsbildung ging ein beinahe sechsmonatiger Stillstand der Sachpolitik einher: Nicht nur der Beschluss der UG-Novelle wurde um ein Jahr verschoben, auch das Budget für die Universitäten stand Ende 2008 nicht fest; immerhin stehen für 2009 die Verhandlungen über die Leistungsvereinbarungen (LV) mit dem BMWF für die Jahre 2010 bis 2012 an. Die uniko griff daher in der zweiten Jahreshälfte zur Selbsthilfe und stellte bei einer Tagung zur Universitätsfinanzierung eine Roadmap vor. Die präzisen uniko-Berechnungen, wie die Ausgaben für den tertiären Bildungssektor bis 2020 auf zwei Prozent des BIP jährlich aufzustocken seien, wie vom Nationalrat 2007 beschlossen, setzten die politischen Akteure gehörig unter Druck.

Die Kernaussage der uniko-Roadmap – ein jährlicher Mehrbedarf von durchschnittlich

616 Millionen Euro für die dreijährige LV-Periode – fand tatsächlich Eingang in einen parlamentarischen Entschließungsantrag, der von SPÖ, Grünen und FPÖ in der erwähnten NR-Sitzung abgesehen wurde: Die schriftlich festgehaltene Selbstverpflichtung von jährlichen Steigerungen des Globalbudgets ab 2009 um jeweils 200 Millionen Euro zusätzlich – gemessen am Uni-Budget 2008 (2,2 Milliarden Euro) – bedeutete immerhin eine Anhebung des Globalbudgets um zwei Milliarden Euro. Wie nicht anders zu erwarten, war davon nach der neuerlichen Bildung einer Koalition von SPÖ und ÖVP und nach Präsentation des

*„Ich halte es in hohem Maß für unseriös, wenn Abgeordnete nicht in der Lage sind zu erfassen, was sie beschließen.“*

Der frühere Verfassungsgerichtshof-Präsident **Karl Korinek** begründet am 26. September im KURIER seinen Rücktritt als Universitätsrat an der Universität Salzburg nach dem Mehrheitsbeschluss des Nationalrats zur Abschaffung der Studiengebühren und Aufhebung der Zugangsregelungen.

Regierungsprogramms Ende November keine Rede mehr, schon gar nicht in der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann.

Mittlerweile hatten die Ausläufer der weltweiten Finanzkrise auch Österreich erreicht – ein willkommener Anlass für die „Koalition neu“, hochgesteckte Budgetziele aller Art herunterzuschrauben. Die ersten Andeutungen von VP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn, der im Spätherbst zwischen 100 und 300 Millionen Euro zusätzlich flüssig machen wollte, lösten bei den Rektoren eine Welle der Empörung aus. Präsident Christoph Badelt nahm sich vor der Presse kein Blatt vor den Mund: „Unfassbar, wie schnell man sich um 180 Grad drehen kann.“ Kurz nach dem Jahreswechsel versuchte man im Ministerium einzulenken und versprach 400 Millionen Euro jährlich plus Ersatz für den Entfall von 150 Millionen Euro Studienbeiträgen pro Jahr. Ob Finanzminister und ÖVP-Vorsitzender Josef Pröll den Strich unter oder durch die Rechnung machen wird, war zumindest im ersten Quartal 2009 eines der bestgehüteten Geheimnisse. *mk*

## KOMMENTAR

# MODERNE UNIVERSITÄTEN UND IHRE FINANZIERUNG: NEUE HERAUSFORDERUNGEN AUCH FÜR DEN STAAT



**Knut Consemüller**  
Dipl.-Ing. Dr.  
Vorsitzender des Rates  
für Forschung und  
Technologieentwicklung

**W**ir leben in einer Zeit, in der die Dynamik und Globalität wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen zunehmend in Widerspruch zu den vormals national geprägten bildungs-, forschungs- und innovationspolitischen Regulierungssystemen stehen. So sind beispielsweise immer mehr Studierende und Forschende mobil und wählen jene Standorte aus, die ihnen das beste Lehrangebot oder die attraktivste wissenschaftliche Arbeitsumgebung bieten. In der Folge bilden sich neue Universitäts-Governance-Formen heraus, die ein Abbild gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedürfnisse und Erwartungen sind.

Auch die österreichische Hochschullandschaft ist sichtbar in Bewegung geraten. Seit dem UG 2002 liegen die Entscheidungskompetenzen in den Bereichen Studium, Lehre und Forschung, Budget, Personal und Organisation weitgehend bei den Universitäten selbst. Der Staat als Geldgeber knüpft selbstverständlich Erwartungen an die gewährte Finanzierung. Entsprechend der Philosophie des New Public Management erfolgt die Steuerung der autonomen Universität vor allem über das Kontraktmanagement (Entwicklungsplan und Leistungsvereinbarung).

In der ersten Leistungsvereinbarungsperiode fokussierte man in Österreich zu sehr auf die Fortführung des bestehenden Leistungsangebots, die Ergebnisse waren teils sehr unspe-

zifisch und unverbindlich formulierte Vereinbarungen. Nur ein eher kleiner Teil der Mittel wurde explizit für die Finanzierung von Schwerpunkten (zusätzliche Professuren, Verbesserung der Betreuungsrelationen etc.) bereitgestellt.

Künftig müssen sich die Universitäten jedoch einem immer intensiveren Konkurrenzdruck stellen und unter globalen Marktbedingungen agieren. Insbesondere die knappen öffentlichen Mittel verstärken diesen Wettbewerbsdruck auch zwischen den einzelnen Universitäten. Damit wird die Fähigkeit, als Institution unabhängig, rasch und flexibel auf veränderte Umweltentwicklungen reagieren zu können, zu einem wesentlichen Erfolgsmerkmal für eine Universität neuer Prägung. Voraussetzung dafür ist vor allem eine ausreichende Finanzierung, die über das bloße Fortführen des bestehenden Leistungsangebots hinausgeht.

Dies entbindet die Universitäten nicht davon, sich aktiver um die Sicherung ihres Budgets zu kümmern, expliziter nach einer konsistenten akademischen Positionierung zu streben und stärker in einen interaktiven Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft zu treten. Gleichzeitig muss aber auch der Staat in den bevorstehenden Budget- und Leistungsvereinbarungen seinen Verpflichtungen nachkommen und für eine adäquate Ressourcenausstattung sorgen. Die uniko soll sich auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen.

## KOMMENTAR

# UNSICHERHEITEN ZUM AUSKLANG DER ERFOLGSSTORY 2008



**Christoph Kratky**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident des  
Wissenschaftsfonds - FWF

Die Wissenschaften in Österreich zu stärken und die Humanressourcen des Landes auszubauen sind zwei zentrale Anliegen des Wissenschaftsfonds FWF. In beiderlei Hinsicht war 2008 das erfolgreichste Jahr in der Geschichte des FWF. Niemals zuvor bewilligte der FWF mehr Projekte als 2008, und niemals zuvor erreichte das Gesamtbewilligungsvolumen des FWF einen Wert jenseits von 180 Millionen Euro. Die Zeichen für die Fortsetzung dieser begrüßenswerten Entwicklung auch in den Jahren 2009 und 2010 stehen leider alles andere als günstig.

Die wichtigste strukturelle Entscheidung war im vergangenen Jahr die Einführung von Overheadzahlungen für FWF-Projekte. Rückwirkend gültig ab der START- und der Wittgenstein-Preisvergabe 2008, schuf Wissenschaftsminister Hahn im Juni die budgetären Voraussetzungen für die Ausschüttung von 20 Prozent Overheads zusätzlich zu jenen Projektmitteln, die den Wissenschaftlern/innen direkt zur Verfügung stehen. Diese zusätzlichen Mittel gehen – im Unterschied zu den bewilligten Projektmitteln – nicht an die erfolgreichen Antragsteller/innen, sondern fließen den Forschungsinstitutionen zu, an denen die Wissenschaftler/innen arbeiten.

Rund 85 Prozent unseres Fördervolumens gehen an Österreichs Hohe Schulen, und rund 80 Prozent der FWF-Gelder werden für die Bezahlung der Gehälter wissenschaftlich tätiger, insbeson-

dere junger Menschen investiert. Im Licht des Rekordbewilligungsvolumens standen per 31. 12. 2008 mehr als 2.700 Wissenschaftler/innen auf unserer Gehaltsliste – ein Spitzenwert, der unterstreicht, wie sehr der FWF zum Ausbau der Humanressourcen des Landes beiträgt.

Für 2009 hat sich allerdings aufgrund der Ausreizung des „Vorbelastungsregimes“ und des Wegfalls der Mittel der Nationalstiftung eine Finanzierungslücke von 70 Millionen Euro aufgetan, die wir höchstwahrscheinlich nicht zur Gänze schließen werden können. Wie schmerzlich diese Zäsur ausfallen wird, lässt sich noch nicht beurteilen. Auf jeden Fall hoffen wir, dass der notwendige Aufholprozess Österreichs, um in die erste Liga der Wissenschaftsnationen aufzusteigen, nicht irreparablen Schaden nimmt.

Wenn man die Idee der wissensbasierten Gesellschaft ernst nimmt, so wird gute Politik in Krisenzeiten die Notwendigkeit erkennen, Investitionen insbesondere im Forschungsbereich vorzunehmen. Konjunkturpakete, die den Zukunftssektor „Wissenschaft und Forschung“ ausparen, entziehen hoch entwickelten Ländern wie Österreich die Erfolgspotenziale von morgen. Der FWF braucht Kontinuität und Planungssicherheit in budgetärer Hinsicht für seine Förderfähigkeit, denn diese stellt im Kern die Entwicklung zukunfts-trächtiger Humanressourcen sicher; ein Vorhaben, das einen langen Atem voraussetzt.



## INTERVIEW

# „ICH KENNE SEHR GUT DIE SORGEN, ÄNGSTE UND ANLIEGEN DER UNIVERSITÄTEN“



**Elisabeth Freismuth**  
Dr.  
Sektionschefin im  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

**F**rau Sektionschefin Freismuth, Sie sind seit 1. Juli 2008 Präsidiatchefin im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWf), zuständig unter anderem für Budget, Personal, Förderungen, Bauangelegenheiten ... Wie fühlt man sich als mächtigste Frau im Wissenschaftsressort?

**Elisabeth Freismuth:** Gleich vorweg eine Korrektur: Wir bezeichnen die Sektion III des BMWf nicht als Präsidialsektion. Ich selbst sehe mich auch nicht als etwas „Höheres“ als die anderen Sektionen. Wir definieren uns als Infrastruktureinrichtung – das heißt: Support zur Verfügung stellen, um den Minister und die Sektionen I (Universitäten) und II (Forschung) bestmöglich zu betreuen. Nichtsdestotrotz fühle ich mich sehr wohl hier, ich wurde herzlich aufgenommen.

*Genau eine Woche nach Ihrem Amtsantritt, am 7. Juli, kam es zum Koalitionsbruch. Der sechsmo-  
natige politische Stillstand, bedingt durch NR-Wahl  
und Regierungsbildung, hatte zur Folge, dass das  
Ministerium mit der Festlegung des Uni-Global-  
budgets für 2010 bis 2012 bis spätestens 31. De-  
zember 2008 säumig geworden ist. Haben Sie  
Verständnis für die Unruhe an den Universitäten?*

**Elisabeth Freismuth:** Die Auflösung der Regierung war eine zusätzliche Herausforderung. Doch Minister Hahn hat gesagt: „Wir arbeiten weiter.“ Die Schwierigkeiten für die Unis kann ich sehr gut nachvollziehen – schon deshalb, weil ich mein gesamtes Berufsleben an einer

Universität verbracht habe: zuerst wissenschaftliche Hilfskraft, nach dem Gerichtsjahr Universitätsassistentin, nachher im Management der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Ich kenne die Sorgen, Nöte, Ängste und Anliegen der Universitäten aus eigener Anschauung sehr, sehr gut. Ich weiß, dass gerade nach dem 1. Jänner 2004 (*Wirksamwerden der Autonomie, Anm.*) die Universitäten vorausschauend planen und dass der 7. Juli 2008 ein schwieriger Stopp war. Ich möchte aber hier den unendlichen Einsatz des Ressorts für die Universitäten bei der Erstellung des Budgets anführen. Ich habe gesehen, wie wichtig die Kooperation und der Informationsaustausch zwischen BMWf und Universitäten sind – eine Partnerschaft, auch um die Anliegen gegenüber dem Finanzminister bestmöglich zu vertreten. Im Grunde sitzen wir im selben Boot.

*Sie waren vor Ihrem Eintritt ins BMWf mehr als 13 Jahre als Rektoratsdirektorin an der Musikuniversität Wien tätig. Hat das Wissen um interne Abläufe an einer Universität bereits Einfluss auf grundsätzliche Entscheidungen des Ressorts gehabt?*

**Elisabeth Freismuth:** Das wäre jetzt eitel zu sagen, ich bin gekommen und habe alles verändert. Ich habe zu meinen Abteilungsleitern/innen gesagt: Wenn wir unser Know-how bündeln, können wir gemeinsam nur gewinnen. Ich kenne nicht nur meine Uni gut – durch

die Arbeitsgemeinschaft der Universitätsdirektoren/innen haben wir alle Rektoren gekannt –, sondern ich kenne auch die Häuser und den Zustand der Gebäude. Natürlich ist das immens nützlich, auch die Kenntnis anderer Player im Alltag, etwa Bundesimmobiliengesellschaft oder Magistratsabteilungen. Ich hoffe, dass dies alles einen positiven Effekt hat. Von den Universitäten habe ich noch etwas mitgenommen: Sie sind den Ministerien insofern einen Schritt voraus, als sie vor fünf Jahren ausgegliedert wurden. Ich bin überzeugt, dass sich auch die Ministerien hin zu modernen Unternehmen entwickeln werden.

*Sie selbst haben die Ausgliederung der Universitäten hautnah miterlebt. Wie sind Sie, gleichsam als Expertin auf beiden Seiten, mit den Fortschritten der Autonomie nach fünf Jahren zufrieden?*

**Elisabeth Freismuth:** Es war eine gewaltige Leistung der Unis, das in so kurzer Zeit so professionell umzusetzen. Wir waren damals alle unter einem unglaublichen Druck: Viele Veränderungen, ganz schnell, und mit vielen Aufgaben gleichzeitig beschäftigt – das war auch schmerzhaft. Als Angehörige des Ministeriums sehe ich jetzt eine absolut positive Partnerschaft. Ich würde mir wünschen, dass auch die Universitäten offen auf das Ressort zugehen und überlegen, was sind die Schwerpunkte, was kann man über Bord werfen. Da hängen natürlich Emotionen daran.

*Im Kapitel Wissenschaft des Koalitionspakts hat sich die Regierung zwar dazu verpflichtet, die öffentlichen und privaten Ausgaben für den tertiären Bildungssektor auf zwei Prozent des BIP anzuheben – der Zeithorizont 2020 wurde jedoch fallen gelassen. Glaubt die Regierung selbst nicht mehr daran, dieses Ziel zu erreichen?*

**Elisabeth Freismuth:** Diese Frage betrifft eher die Sektion I mit dem Budget für die Universitäten. Aber in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation weiß man nicht, wie sich das Bruttoinlandsprodukt entwickelt. Ich möchte das immense Bemühen des Wissenschaftsressorts betonen, die Universitäten bestmöglich auszustatten.

*Die neue Regierung hat sich auch Verbesserungen für Frauen in der Wissenschaft auf die*

*Fahnen geheftet, darunter die Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen. Haben Sie – abgesehen von der 40-Prozent-Quote für Unigremien – konkrete Vorstellungen?*

**Elisabeth Freismuth:** Die Geschlechterfrage ist ein wichtiger Schwerpunkt – sowohl in Form des Gender Mainstreaming als auch in Form von Maßnahmen zur Sichtbarmachung. Hier im Haus sind 2008 eine Sektionschefin und eine Stellvertreterin in der Forschungssektion ernannt worden, das ist ein schönes Zeichen. Nichtsdestotrotz ist unbestritten, dass an Universitäten der Anteil der weiblichen Studierenden und Absolventinnen höher ist als jener der männlichen – und je weiter man im Wissenschaftsbetrieb hinaufkommt, umso dünner wird der Anteil der Frauen. Es ist daher ein ganz großes Anliegen von Minister Hahn, mit einer Reihe von Maßnahmen diesen Anteil zu erhöhen – etwa Unterstützungsprogramme oder Medientrainings für junge Wissenschaftlerinnen. Zum Gender Budgeting beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit einem Pilotprojekt: Es wurden etwa die Leistungsstipendien untersucht, aber auch andere Projektanalysen sollen zur Gleichstellung der Geschlechter auch in haushaltsrechtlicher Sicht beitragen.

*Sie sind Mitbegründerin und Vizepräsidentin des Forums Universität und Gesellschaft. Hat sich am Stellenwert der Hohen Schulen in der öffentlichen Meinung eine Änderung ergeben, die Sie zuversichtlich stimmt?*

**Elisabeth Freismuth:** Die österreichischen Universitäten haben so viel Potenzial – sie sind stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert als zu meiner Studienzeit. Das Bild der Elitekaderschmiede ist bei weitem nicht mehr vorhanden, durch die Öffnung der Universitäten wurden frühere Hemmschwellen überwunden. Dazu kommen die Vernetzungen, die internationalen Partnerschaften mit der Mobilität – das sind alles rasante Entwicklungen der letzten zehn Jahre, die es zu meiner Zeit nicht gegeben hat. Aber auch das Ministerium ist mit Veränderungen konfrontiert: Die langfristige strategische Entwicklung eines innovativen Ressortmanagements – das wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit sein.

*Das Interview führte Manfred Kadi*

## GRUSSWORT

# FINANZMÄRKTE, UNIVERSITÄTEN UND DIE BALANCE DES REGULIERUNGSPENDELS



**Antonio Loprieno**  
Prof. Dr.  
Präsident der Rektoren-  
konferenz der Schweizer  
Universitäten - CRUS

**R** Die amerikanische Immobilienkrise hat sich im Lauf des Jahres 2008 zu einer veritablen Finanzkrise entwickelt, die das System der globalen Marktwirtschaft in seinen Grundfesten zu erschüttern droht. Mit Staunen erfährt die Welt von der Vernichtung gewaltiger Geldmengen und von immer massiveren Staatsinterventionen, die bis zur Übernahme ganzer Geldinstitute gehen.

Parallel dazu wird der Ruf nach Regulierung einer scheinbar außer Rand und Band geratenen Wirtschaft, in der Manager astronomische Gehälter beziehen, immer lauter. Die Krise trifft auch Universitäten, die als Teil des Wirtschaftssystems vom Börsenboom profitierten – so soll die Universität Harvard rund ein Drittel ihres beträchtlichen Vermögens verloren haben.

Die Ausrichtung auf einen zunehmend globalisierten Bildungsmarkt war eines der dominanten Themen der hochschulpolitischen Diskussion der letzten zehn Jahre. Deregulierung durch Abgabe bisheriger staatlicher Kompetenzen an autonome Hochschulen hieß die Devise, mit der die Universitäten fit gemacht werden sollten, um dem in den Ranglisten diverser Rankings sichtbar gemachten Exzellenzanspruch zu genügen. Mit einem Auges schiele man nach Amerikas Eliteuniversitäten und stellte sich die Frage, ob öffentliche oder private Hochschulen besser geeignet seien.

Anders als im Falle des Finanzmarktes hat die Deregulierung von öffentlichen Universitäten bisher nicht zu einem totalen Verlust an Kontrolle geführt. Zumindest in der Schweiz ist im Anschluss an die Verstärkung der Autonomie der Universitäten eine Re-Regulierung zur Wahrung der öffentlichen Interessen zu beobachten. Sie drückt sich aus in intensiven Diskussionen mit den politischen Behörden um die jeweils für eine bestimmte Zeitdauer auszuhandelnden Leistungsverträge, welche die Universitäten mit Strategieplänen zu unterlegen haben. Die Verankerung der Universität im öffentlichen Bewusstsein sorgt dafür, dass das Pendel nicht zu stark auf die Seite der Deregulierung ausschlägt, was über kurz oder lang zu einer starken Gegenbewegung führen würde, wie die Wirtschaft zeigt.

Es wird auch in der internationalen Zusammenarbeit darum gehen, das Regulierungspendel in Balance zu halten. Erfahrungsgemäß ist in diesem Bereich der Bedarf nach Verfahrenssicherheit besonders groß, was leicht einer Überregulierung Vorschub leistet. Die Zusammenarbeit der deutschen, schweizerischen und österreichischen Rektorenkonferenzen hat sich in der Vergangenheit als probates Mittel zur Austerierung solcher Tendenzen bewährt. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass diese Kooperation auf allen Ebenen weiter prosperiert.

## INTERVIEW

# „INTERESSENKONFLIKTE MÜSSEN AUSVERHANDELT WERDEN“



**Edeltraud Hanappi-Egger**  
Univ.-Prof. Dr.  
Senatsvorsitzende der  
Wirtschaftsuniversität Wien

**F**rau Prof. Hanappi-Egger, Sie haben sich im Sommer 2008 gemeinsam mit den Senatsvorsitzenden der anderen Universitäten vehement gegen die Novellierung des Universitätsgesetzes ausgesprochen, weil Sie eine drastische Einschränkung der Autonomie befürchten. Halten Sie die Sorge, Marginalisierung des Senats, nach wie vor aufrecht?

**Hanappi-Egger:** Meine Sorge hat sich noch verstärkt, zumal vieles darauf hindeutet, dass die Universitätsautonomie eingeschränkt werden soll. Ich befürchte nach wie vor, dass die Rolle des Senats nach dem Gesetzesentwurf völlig bedeutungslos wird. Da der Senat das einzige der obersten Organe ist, das alle Interessensgruppen der Universitäten repräsentiert, würde durch die Schwächung des Senats die Entwicklung einer Universität de facto von außerhalb der Universität entschieden.

*Es hat zuletzt immer wieder Kritik am Zusammenspiel zwischen den universitären Leitungsgremien – Unirat, Rektorat, Senat – gegeben, die sich vor allem nach Turbulenzen bei Rektorswahlen entzündet hat. Hängt das mehr mit persönlichen Animositäten zusammen oder orten Sie grundsätzliche Konstruktionsfehler?*

**Hanappi-Egger:** Das momentane Zusammenspiel der drei Leitungsorgane beruht auf einer „Check-and-balance“-Idee, die eine Einbindung aller drei Leitungsgremien in strategische Entwicklungen der Universitäten vorsieht. Abgese-

hen von gesetzlichen Unschärfen und Interpretationsspielräumen mag es Interessenkonflikte geben, die ausverhandelt werden müssen. Konfliktfälle an einzelnen Universitäten rechtfertigen meines Erachtens aber sicher nicht die Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf Kosten des Senats zugunsten des Rektorats bzw. Unirats. Ganz im Gegenteil – eine gründliche Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit den neuen Strukturen hätte auch zur Stärkung der inneruniversitären Selbstverwaltung führen können.

*Die Senatsvorsitzenden haben im November als Folge der „universitären Finanzkrise“ bereits von einem „galoppierenden Qualitätsverlust in Forschung und Lehre“ gesprochen und mittels Budgetplan Klarheit über die Bedeckung der entstehenden Kosten gefordert. Welche Kennzahlen sollten darin enthalten sein?*

**Hanappi-Egger:** Die Senatsvorsitzenden waren über die künftige Budgetentwicklung in Bezug auf den Qualitätsverlust in Forschung und Lehre und die Arbeitssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses besorgt. Angesichts der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen rund um das Budget für Wissenschaft und Forschung und um die Finanzierung des Kollektivvertrags bzw. den Ersatz der Studiengebühren ist die Besorgnis gestiegen. Daher halte ich eine Diskussion über Kennzahlen für verfrüht.

*Das Interview führte Manfred Kadi*

### RÜCKBAU DER AUTONOMIE IST KEINE PERSPEKTIVE



**Hannes Androsch**  
Dkfm. Dr.  
Vorsitzender  
des Universitätsrats  
der Montanuniversität  
Leoben

Die Gestaltung des österreichischen Universitätsrechtes nach Prinzipien des „New Public Management“ hat den Universitäten Freiräume zur eigenständigen Entwicklung geboten, die diese je nach Verlauf der Abstimmungsprozesse zwischen Universitätsrat, Senat und Rektorat sehr unterschiedlich genützt haben. In jedem Fall musste der neue Grad an Autonomie nach vielen Jahren enger Steuerung über Budgets, Stellenpläne und Verordnungen erst erlernt werden und eine Kultur des Anspruchsdenkens an den Universitäten verdrängen.

Das Faktum, dass sich Österreich keine angemessene Universitätenfinanzierung leistet, kann auch nicht durch die Neugründung von Institutionen auf der grünen Wiese wettgemacht werden. Eine Anhebung des Universitätsbudgets um 20 Prozent wird an der Misere nichts ändern. Immerhin müssen daraus nicht nur die fehlenden Studienbeiträge der Studierenden, sondern auch Inflationsabgeltung, Infrastrukturprogramm und Generalsanierung bestritten werden.

Unter solchen Vorzeichen müssen die Bemühungen zur „Gestaltung eines österreichischen Hochschulraumes“ nicht als späte Anerkennung der Koordinationspflichten der Politik, sondern als zusätzliches Sparprogramm für die Universitäten interpretiert werden. Nach fünf Jahren UG 2002 ist eine Tendenz zum Rückbau der erworbenen Gestaltungsautonomie der Universitäten klar erkennbar. Dies wird die Universitäten nicht zukunftsfähiger machen. Gerade bei Wissenschaft und Forschung gilt das Leitbild: Wer nicht sät, wird auch nicht ernten! – Glück auf!

### MEHR INVESTITIONEN ALS MITTEL GEGEN KRISE



**Erhard Busek**  
Dr.  
Vorsitzender  
des Universitätsrats  
der Medizinischen  
Universität Wien

Die Fragen einer qualitativen Bildung sowie der Gesundheit stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Medizinische Universität Wien (MUW) unternimmt es, international besser vernetzt zu sein und auch die Forschungsergebnisse sicherzustellen, die für eine qualitative Ausbildung von großer Bedeutung sind.

Die Schwierigkeiten sind bekannt: Lehre und Forschung gleichzeitig mit dem Versorgungsauftrag durchzuführen ist von großen Problemen begleitet, weil die Voraussetzungen personell wie finanziell deutliche Grenzen setzen. Der Versorgungsauftrag tritt außerdem täglich zwingend auf, sodass der notwendige zeitliche Aufwand sowie weitere Möglichkeiten für viele der Mitarbeiter/innen der MUW täglich in Frage gestellt sind. Die MUW ist auch räumlich an Grenzen gestoßen, sodass sich alle Beteiligten darauf konzentrieren müssen, den Standort einer Wiener medizinischen Schule in der Zukunft sicherzustellen.

Die Universitäten sind generell in einen Lernprozess eingebunden, der die Möglichkeiten der Autonomie auslotet, wobei wir noch lange nicht an den Grenzen angelangt sind. Die gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind sehr gut, wenngleich es da und dort noch Verbesserungen geben kann. Es wird Aufgabe der Bundesregierung und des Parlaments sein, die Voraussetzungen für eine planbare Zukunft sicherzustellen. Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen können nur mit einem Mehr an Investitionen im Bildungsbereich bewältigt werden.

## RECHENSCHAFTSPFLICHT, NICHT ÖKONOMISIERUNG

**Max Kothbauer**  
Mag.  
Vorsitzender  
des Universitätsrats  
der Universität Wien



Die Autonomie hat die Universitäten gestärkt. Aller Skepsis zum Trotz kam es keineswegs zur Ökonomisierung oder zur fachfremden Außensteuerung der Unis, vielmehr wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der freie Forschung und Lehre als Selbstverständlichkeit sieht, zugleich aber vom Lehrer und Forscher eine akademische Rechenschaftspflicht der Fakultät und der Universität gegenüber verlangt.

Auch die Sorge vor einer erdrückenden Dominanz starker Rektorate hat sich als unbegründend erwiesen. Den Erfolg der Universität Wien mit den neuen Strukturen verdankt sie nicht nur der erstklassigen Zusammenarbeit der drei Leitungsorgane, sondern auch dem gelungenen Dialog zwischen Rektorat und Fakultäten. Dem offensichtlichen Mangel des Gesetzes im Hinblick auf die Verpflichtung zur breiten Mitsprache konnte sowohl durch die Einrichtung von Institutionen wie Fakultäts- und Studienkonferenzen wie generell durch die Etablierung einer neuen Gesprächskultur in, zwischen und außerhalb der Gremien begegnet werden.

Ich bin überzeugt, dass die Universitäten nun grosso modo ihre Aufgaben besser erfüllen. Jetzt ist die öffentliche Hand am Zug, jene Fragen zu lösen, die die Universitäten aus eigener Kraft nicht bewältigen können – vor allem die Finanzierung vernünftiger Studienbedingungen. Wem das Thema Studienzugangsphase ein echtes Anliegen ist, der muss dafür sorgen, dass all jenen Studierenden, die bewiesen haben, dass Eignung und Engagement vorliegen, auch angemessene Studienbedingungen geboten werden.

## PARTNER, VERNETZER UND VERANSTALTER

**Gerbert Schwaighofer**  
DDr.  
Vorsitzender  
des Universitätsrats  
der Universität Mozarteum



Die Anziehungskraft Salzburgs liegt neben seiner reizvollen Architektur und Landschaft vor allem in seiner Stellung als Kulturstadt. In dieser Hinsicht leistet die Universität Mozarteum Salzburg mit ihrer weltweiten Ausstrahlung einen enorm wichtigen Beitrag. Von immer größerer Bedeutung werden dabei auch die Vernetzungen der einzelnen Kulturinstitutionen in Salzburg.

In meiner Doppelfunktion als kaufmännischer Direktor der Salzburger Festspiele und Vorsitzender des Mozarteum-Universitätsrates ist es mir ein Bedürfnis, zur Stärkung dieser Partnerschaft beizutragen. Wenn der Kulturstandort Salzburg durch solche Vernetzungen auch außerhalb der Festspielzeit an Attraktivität gewinnt, profitieren alle Beteiligten davon.

Ob Salzburger Festspiele oder Universität Mozarteum – an Gemeinsamkeiten mangelt es nicht. Die Universität fühlt sich naturgemäß seit jeher dem künstlerischen Nachwuchs verpflichtet, und auch bei den Festspielen sind aktuell die Jugendinitiativen und -projekte zahlreich wie selten zuvor. Weitere Parallelen reichen von der multikulturellen Internationalität bis hin zur Förderung der zeitgenössischen Musik.

Schließlich erfüllt die Kunstuniversität Mozarteum durch ihre hoch geschätzte Rolle als Veranstalter auch einen wesentlichen kulturpolitischen Auftrag. Sie trägt dazu bei, Kulturarbeit in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses zu rücken, und sorgt somit auch für den Nachwuchs eines kunstinteressierten Publikums.

### ALMA MATER – DATENTRANSPORT EN GROS, EN DETAIL: KÜNFTIG NUR EIN UNIVERSITÄTSJAHRESBERICHT?

**F** Nach Jahren des peinigend wachsenden Datendurstes von Wissenschaftsministerium (BMWF) und anderen Behörden zeichnete sich im fünften Jahr der Autonomie erstmals ein Hoffnungsschimmer für die zuständigen Abteilungen der Universitäten ab. Der Ruf nach „Straffung des Berichtswesens“ wird umso verständlicher, liest man die lange Liste des jährlich, halb- oder vierteljährlich abzuliefernden Zahlen- und Datenmaterials, das teilweise auf Kennzahlen aufbaut, die nur mit großem Aufwand zu ermitteln sind: Leistungsbericht, Wissensbilanz, Rechnungsabschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung, Beteiligungscontrolling mit Bilanz- und Personaldaten sowie universitätsspezifischen Kennzahlen, Formelbudget-Indikatoren, Bildungsdokumentation mit Stammdaten zu Personal, Raum und Gebäuden, Studienevidenz mit Rohdaten zu Studierenden, Studien, Abschlüssen und Prüfungsleistungen (zum Teil mit täglichen Übermittlungen an das Bundesrechenzentrum) – nicht zu vergessen die Forschungs- und Entwicklungsstatistik, die alle zwei Jahre der Statistik Austria zu übermitteln ist.

Eine Arbeitsgruppe des **Forums Budget** der Universitätenkonferenz machte sich unter der Leitung von Vizerektor Franz Wurm (Universität Linz) daran, erste Vorschläge zur Straffung des Datentransports zu entwickeln. Die wichtigsten Ergebnisse wurden bereits dem Bundesministerium übermittelt: Demnach sollte es in Zukunft nur einen narrativen Universitätsjahresbericht geben, der die entsprechenden Teile der Wissensbilanz und des Leistungsberichts ersetzen und unter anderem die strategischen Ziele, Personalentwicklung, Studien und Weiterbildung

sowie Qualitätssicherung behandeln könnte. Zudem wird eine Reduktion, Vereinheitlichung und Neugliederung der Kennzahlen empfohlen. Im Bundesministerium wurden die Vorschläge positiv aufgenommen, 2009 sollen gemeinsam mit Vertretern/innen des BMWF die „Prinzipien des künftigen Berichtswesens“ festgelegt und durch die UG-Novelle legitimiert werden.

Nach der interimistischen Vorsitzführung durch den Rektor der Universität Salzburg, Heinrich Schmidinger, wurde mit Beginn des Sommersemesters Heinrich Mayr, Rektor der Universität Klagenfurt, zum neuen Vorsitzenden des **Forums Budget** gewählt. Neben dem Dauerbrenner „Generalsanierungen“ (neuer Terminus „Großsanierungen“) widmete sich das Forum unter Mayrs Leitung vor allem seiner Hauptaufgabe, nämlich dem Universitätsbudget: Es wurde im Detail ermittelt, über welches Budget die Universitäten jeweils verfügen müssten, um in den nächsten Jahren wenigstens den bestehenden Leistungsumfang aufrechterhalten zu können.

Daneben wurde die Roadmap der uniko zur Universitätsfinanzierung bis 2020 erarbeitet, also der Weg zu den von der EU-Kommission erwarteten und vom Nationalrat beschlossenen zwei Prozent der BIP-Ausgaben für den tertiären Bildungssektor. Zum Thema des auf Basis von Indikatoren vergebenen Formelbudgets – es beträgt 20 Prozent des Globalbudgets – gelangte das **Forum Budget** nach intensiver Auseinandersetzung mit den einzelnen Indikatoren zur Auffassung, dass hierfür spätestens zur Leistungsperiode 2010 bis 2012 ein völlig verändertes Verfahren anzuwenden sei. mk

## SCHADENSBEGRENZUNG UND NUTZENVERMEHRUNG: UNI-KOOPERATIONEN AUF DEM PRÜFSTAND

Was sich im Spätherbst 2008 nur wenige Eingeweihte zuraunten, verdichtete sich wenige Wochen vor Jahresende immer mehr zur Gewissheit: Die Forschungsorganisationen sahen für 2009 tiefe Budgeteinschnitte auf sich zukommen und ließen die Alarmglocken läuten. Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (Rat FTE) ortete im Dezember sogar eine Budgetlücke von knapp zwei Milliarden Euro für die kommenden fünf Jahre.

Das **Forum Forschung** der Universitätenkonferenz verabschiedete daraufhin nach dem Jahreswechsel eine Resolution, in der vor den Folgen der Mittelkürzungen ausdrücklich gewarnt wurde. „Es gilt mit allen Kräften zu verhindern, dass wegen mangelnder Karrieremöglichkeiten und der Unmöglichkeit einer nachhaltigen Finanzierung gerade die höchstqualifizierten jungen Forscher/innen sich gezwungen sehen, Österreich zu verlassen.“ Dadurch entstünde ein nicht wieder gutzumachender Schaden für den Forschungsstandort Österreich, hieß es in dem veröffentlichten Papier.

Das **Forum Forschung** unter Führung von Vizerektor Heinz Engl (Universität Wien) – er wurde im März 2008 nach halbjähriger interimistischer Periode erneut zum Vorsitzenden gewählt – machte sich im abgelaufenen Jahr eine Standortbestimmung in der Kooperation mit dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung (Rat FTE) und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur Aufgabe. Zur Bewältigung seiner Aufgaben gründete

das Forum eine Reihe von Arbeitsgruppen und Task Forces, die sich bei der Vorbereitung von Stellungnahmen sehr bewährt haben.

Auch die Zusammenarbeit mit den Instituten der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft gab Anlass zur Diskussion strittiger Punkte – etwa das latente Unbehagen der Universitäten mit der Regelung, dass diese im Fall von Zahlungen keinen Nutzen für die Wissensbilanz ziehen können. Als unbefriedigend erscheint den Rektoraten auch das Herauslösen der Institutsleiter aus dem universitären Umfeld, was die Karriereplanung langfristig erschweren kann. In der Kooperation mit der Christian-Doppler-Gesellschaft sorgten Verhandlungen über die Neufassung der „generellen Betreibervereinbarungen“ für Unstimmigkeiten: Diese entzündeten sich vor allem an den Mängeln hinsichtlich der Vollkostenabdeckung universitärer Leistungen und der Abgeltung universitärer Intellectual Property Rights (IPR). Das **Forum Forschung** empfahl den Universitäten deshalb, die Betreibervereinbarungen nur für die Fortführung bestehender CD-Labors zu unterschreiben.

Als beachtlicher Erfolg stellte sich der bereits zum zweiten Mal abgehaltene „Universitätstag Alpbach“ heraus, dessen inhaltliche Gestaltung das Forum übernommen hatte. Das Motto der zweitägigen Veranstaltung am 23./24. August 2008 „Grenzgänge der Materialwissenschaft“ lockte eine Reihe von hochkarätigen Expertinnen und Experten, darunter auch internationale Koryphäen, an. *mk*



## FORUMSNOTIZEN

### uniko STELLT ANSPRUCH ALS KEY PLAYER BEI INTERNATIONALISIERUNGSDISKUSSION

Integration von Universitätsangehörigen mit nichtdeutscher Muttersprache, Erhöhung des Anteils ausländischer Studierender, Anbieten von Summer Schools – so lauten nur einige von unzähligen Varianten der Internationalisierungsstrategien an Österreichs Universitäten. Das **Forum Internationales** der Universitätenkonferenz (uniko) machte es sich 2008 zur Aufgabe, erstmals den institutionellen Austausch über nationale Grenzen hinweg – aufgefächert nach Tätigkeiten in Lehre und Forschung, Programmen für Studierende und Qualitätssicherung – zu sichten und daraus allfällige Schlussfolgerungen für die weitere Stoßrichtung zu ziehen.

Die wichtigsten Erkenntnisse fasste der neue Vorsitzende des **Forums Internationales**, der Rektor der Montanuniversität Leoben, Wolfhard Wegscheider, wie folgt zusammen: „Die Entwicklungspläne der Universitäten beinhalten zwar verschiedene Aspekte von Internationalisierung. Die Konzepte, um diese Aspekte zu integrieren oder zu einem größeren Ganzen zusammenzuführen, sind vielfach nicht vorhanden oder nicht ausreichend entwickelt.“ Es werde daher Aufgabe der Universitäten sein, zusammenhängende Internationalisierungsstrategien zu erarbeiten und diese als zentralen Bestandteil in den jeweiligen Entwicklungsplänen zu verankern. Zudem solle die Kostenfrage der Internationalisierung in die Gespräche über die Leistungsvereinbarungen mit dem Wissenschaftsministerium einfließen.

Das **Forum Internationales** hatte sich kurz nach dem Wechsel an der Spitze – Rektor

Wegscheider löste im April 2008 den langjährigen Vorsitzenden und Vizerektor der TU Wien Hans Karl Kaiser ab – sogenannte „Terms of Reference“ mit ehrgeizigen Zielen auferlegt: Demnach soll das **Forum Internationales** der uniko künftig als einer der „Key Player“ in der bildungspolitischen Diskussion die Entwicklung der Internationalisierung im Hochschulbereich maßgeblich mitgestalten und die bestmöglichen Programme und deren Umsetzung mit den externen Partnern – allen voran dem Wissenschaftsministerium und der OeAD (Österreichischer Austauschdienst) GmbH – gewährleisten.

Erste Fortschritte beim Abbau von Hürden im Fremdenrecht zeitigte der im Juli veröffentlichte „Leitfaden für den Aufenthalt und die Beschäftigung von ausländischen Forscherinnen und Forschern in Österreich“ – eine Broschüre, die vom Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit einer Reihe von Institutionen, darunter der uniko, erarbeitet worden war. Seit Oktober haben Forscher/innen aus Drittstaaten in Wien die Möglichkeit, einen Antrag auf Aufenthaltsbewilligung auch direkt bei der Forschungseinrichtung einzubringen. Voraussetzung dafür ist die Aufnahmevereinbarung mit einer Universität. Um auch für Studierende aus Drittstaaten Erleichterungen zu erwirken, hat Rektor Wegscheider kurz nach dem Jahreswechsel bereits ein erstes Gespräch mit Innenministerin Maria Fekter geführt: Die dort erörterten Lösungsvorschläge im Rahmen einer von der Bundesregierung geplanten „Rot-Weiß-Rot-Card“ geben jedenfalls zu Optimismus Anlass. mk

## uniko-INITIATIVE FÜR MASTERAUSBILDUNG DER SEKUNDARSTUFENLEHRER AN UNIVERSITÄTEN

Die monatelangen Vorarbeiten des **Forums Lehre** hatten sich gelohnt: Mitte Juni beschloss die Plenarversammlung der Universitätenkonferenz (uniko) ein „Positionspapier zur Zukunft der Lehrer/innenbildung“ und übernahm damit maßgeblich die Rolle als Meinungsführer in diesem durchaus kontrovers geführten öffentlichen Diskurs. „Unabhängig von der künftigen Schulorganisation soll mittelfristig die Lehrer/innenbildung für die Sekundarstufe I und II an den Universitäten verankert werden, was dem Standard der meisten EU-Mitgliedsstaaten entspricht“, heißt es in dem Papier.

Zudem plädiert die uniko dafür, die Sekundarstufenlehrer/innen bis zum Master in zwei Unterrichtsfächern auszubilden, sofern sich der Fächerkanon der Schulen nicht ändert. Die Ausbildung der Hauptschullehrer/innen könnte in einer Übergangsphase als gemeinsames Angebot von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (PH) gestaltet werden. Der Bachelor-Abschluss soll eine adäquate Berufsberechtigung im heimischen Schulsystem ermöglichen. Das uniko-Positionspapier war auch deshalb von großer Dringlichkeit, weil das Thema Lehrer/innenbildung sowohl im Unterrichts- als auch im Wissenschaftsministerium wiederholt thematisiert wurde. Ein von Bundesminister Johannes Hahn Anfang Juli präsentiertes Modell der Aufgabenteilung – fachliche Ausbildung an den Universitäten,

pädagogische Ausbildung an den PH – wurde vom Vorsitzenden des **Forums Lehre** und Vizerektor der Universität Wien Arthur Mettinger als inhaltlich nicht begründbar abgelehnt.

Ein weiterer Akzent der Forumstätigkeit ergab sich mit der Stellungnahme der uniko zum Konsultationspapier des Unterrichtsministeriums „Strategie zur Umsetzung des Lebenslangen Lernens (LLL) in Österreich“. Da LLL bereits seit Jahren in die Profilbildung der universitären Strategien einfließt, wehrte sich die uniko entschieden gegen die Überbetonung des schulischen und berufsbildenden Bereichs in dem Konsultationspapier und entwickelte eine Reihe von Vorschlägen, die im Sinne aller beteiligten Bildungsinstitutionen umgesetzt werden können.

Ein drittes Schwerpunktthema des **Forums Lehre** waren die Diskussionen zum Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) – eine Konsequenz des im April 2008 von der EU in Kraft gesetzten Europäischen Qualifikationsrahmens, der den Ausbau und die Anerkennung von transnationaler Mobilität von Lernenden und Beschäftigten erleichtern soll. In ihrer Stellungnahme bemängelte die uniko, dass das Konsultationspapier zum NQR zu stark auf den Arbeitsmarkt und die Berufsausbildung ausgerichtet ist. Allerdings seien auch die Universitäten gefordert, Anknüpfungspunkte im Sinne von LLL zu finden. *mk*



## KOMMENTAR

# STARKE RESONANZ AUF DIE BOLOGNA-SPEZIFISCHEN PROJEKTE



**Elisabeth Westphal**

Mag.  
Referentin für  
Bologna-Prozess,  
Hochschulbildung  
in Europa und Lehre

**F** Der Bologna-Prozess und die durch ihn initiierten Veränderungen im universitären System waren auch 2008 zentrale Diskussionsthemen in der Universitätenkonferenz (uniko). Um diese Bereiche noch tiefergehend behandeln zu können, wurde beschlossen, sich auf drei Bologna-spezifische Projekte zu konzentrieren. Diese sollen Themenbereiche umfassen, die in der nationalen wie auch der internationalen Diskussion von großer Wichtigkeit sind und die sich gerade in Transformationsprozessen befinden: das Doktoratsstudium neu, die berufliche Relevanz der neuen Abschlüsse Bachelor und Master und non-formales und informelles Lernen. Die drei Projekte wurden dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen, das dieses Großprojekt unterstützt.

Der Bologna-Prozess und seine Umsetzung stellen für die Universitäten als Akteure der damit einhergehenden Transformationsprozesse einen grundlegenden Paradigmenwechsel dar. Dieser wurde in Europa und auch in Österreich bei der Einführung nur bedingt diskutiert, obwohl jedes Land und jedes tertiäre Bildungssystem beeinflusst wird.

Das uniko-Projekt soll nun Fachinputs und Diskussionsplattformen bieten sowie zusätzliche Serviceleistungen zur Verfügung stellen. Eine

weitere Bestrebung besteht auch darin, bereits stattgefundene Aktivitäten, Studien, Entwicklungen und Experten/innen in die Diskussionen und Workshops mit einzubeziehen.

Hinter jedem der drei Schwerpunkte steht ein ausgearbeitetes Konzept, das nicht nur das Thema so gut wie möglich darstellen und Impulse geben, sondern auch die bereits stattgefundenen Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene einbeziehen und auf deren Ergebnissen aufbauen soll. Die Palette der angebotenen Workshops ist sehr breit und wird sehr gut angenommen.

Ende 2008 fand der erste Workshop zu *Internationalen Entwicklungen bei den neuen Doktoratsstudien* statt, der einen Einblick in die bisherigen Diskussionsprozesse und -themen in anderen Ländern gab, die durch die Entwicklungen und spannenden Doktoratsprogramme an österreichischen Universitäten bei unserem zweiten Workshop 2009 ergänzt werden sollen. Die Resonanz darauf war außergewöhnlich stark: Die Erwartungen, Vertreter/innen von unterschiedlichen Ebenen der österreichischen Universitäten wie auch von Institutionen, die mit Unis eng kooperieren, als Teilnehmer zu gewinnen, wurden erfüllt. Entsprechend zuversichtlich gestimmt sieht die uniko den Veranstaltungen 2009 entgegen.

## BOLOGNA BEYOND 2010: DIFFERENZ DER WISSENSBEGRIFFE ALS QUALITÄT ERKENNEN

**Andreas Spiegl**  
Mag.  
Vizerektor für  
Lehre und Forschung  
Akademie der  
bildenden Künste Wien



█ Bisher galt der Bologna-Prozess dem Aufbau einer kompatiblen Studienarchitektur mit dem Ziel, diese Struktur so weit zu vereinheitlichen, dass der Wechsel von einem Studium zum nächsten und von einer Qualifikationsstufe zur nächsten möglichst problemlos bewerkstelligt werden kann. Bisher galt auch die Aufmerksamkeit in Österreich der Umstellung der alten Diplomstudien auf die neuen Bachelor- und Masterprogramme. Dieser Prozess hat sich in den letzten Jahren intensiviert: Über 70 Prozent der Studien in Österreich werden nun Bologna-konform angeboten.

Die Konsequenz der kompatiblen Studienarchitektur führt nun auch zur legitimen Forderung nach Anerkennung von Studienprogrammen. Die Erfahrung damit zeigt aber, dass sich hinter der formalen Kompatibilität der Programme oft sehr heterogene Figuren des Wissens und der Schwerpunktsetzungen innerhalb der Fächer und Curricula verbergen. In diesem Sinne maskieren die vergleichbaren oder gar synonymen Abschlüsse und Fächer eine fundamentale Differenz der damit assoziierten Wissens- und Qualitätsstandards.

Die aktuellen Versuche, diese Differenz über die Transparenz von Lehrzielen und *Learning-Outcomes* zu klären, scheinen nur bedingt zu helfen. Die Konsequenz aus den verschiedenen *Learning-Outcomes* heißt nur, dass doch nicht alle Abschlüsse fugenlos ineinander greifen und

akkumuliert werden können. Wie schon beim Diplomstudium davor werden dann Zusatzqualifikationen gefordert. Das Problem besteht nun darin, dass man auf bildungspolitischer Ebene versucht, diese Fugen zu glätten (Stichwort: nationale und europäische Qualifikationsrahmen). Man könnte aber in dieser Problematik auch eine Qualität erkennen, die für den europäischen Bildungsraum signifikant zu sein scheint – und sei es die Diversität der Wissensbegriffe.

Die Forderung nach Kompatibilität der Studienprogramme hat dazu geführt (oder verführt), die verschiedenen institutionellen Figuren der Wissensproduktion und -vermittlung in einem phantasmatischen Raum der Analogiebildung zusammenzudenken. Ignoriert wurden dabei die unterschiedlichen institutionellen Entwicklungen und Ziele. So werden etwa die unterschiedlichen Zielsetzungen von Fachhochschulen und Universitäten, von marktorientiertem Partikularismus und bildungskultureller Komplexität und die entsprechenden differenten Wissenstypologien allein über Tauschwertziele gleichgesetzt. Das Ergebnis ist ein Hang zur Warenförmigkeit der Wissensproduktion und -vermittlung, die das ECTS-System nur unweit von der Einführung des gemeinsamen Euro lokalisiert. Daraus folgt als Forderung für Bologna beyond 2010 eine Sensibilisierung für die Heterogenität und Differenz der Wissensbegriffe als Qualität des europäischen Bildungsraums und nicht als dessen Problem. █



### KOLLEKTIVVERTRAG, EINE NEVERENDING STORY: ABDECKUNG DER MEHRKOSTEN ALS SCHIMÄRE?

**R** Buchstäblich auf der Kippe stand kurz nach dem Jahreswechsel 2008/09 das Schicksal des Uni-Kollektivvertrags (KV): Immer mehr zeichnete sich ab, dass zur Abdeckung der Mehrkosten durch den Kollektivvertrag das Universitätsbudget keinesfalls aufgestockt wird. Zwar kündigte Bundesminister Hahn für 2009 einen einmaligen Betrag von 50 Millionen Euro für die KV-Finanzierung an. Für die Folgejahre stünden den Universitäten laut Hahn 30 Millionen Euro aus der Erhöhung des Globalbudgets zur Verfügung. Ein Affront gegenüber dem **Dachverband der Universitäten** und dem Forum Personal der uniko, die in monatelanger Arbeit detaillierte Kostenberechnungen anstellten und auf 80 Millionen Euro jährlich kamen.

Nach dem vermeintlichen Zieleinlauf im Dezember 2007 waren die Mitglieder des Dachverbandes unter Vorsitz von Prof. Rudolf Ardelts mehr als zwölf Monate später neuerlich dazu verurteilt, in der Warteschleife Runden zu ziehen. Zur Veranschaulichung: Seit Wirksamwerden des UG 2002 (Anfang 2004) sind mehr als fünf Jahre vergangen, in denen für das Universitätspersonal noch immer – wie vor der Ausgliederung der Universitäten – das Dienstrecht 2001 gilt.

Dabei wurden die Universitäten vom Gesetzgeber verpflichtet, mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) Verhandlungen zur Schaffung eines Kollektivvertrags und somit eines neuen Dienstrechts zu führen. Der Entwurf für diesen KV, akkordiert zwischen Dachverband und GÖD, harrt seit Sommer 2007 seiner Finanzierung und Umsetzung.

Übersehen wird dabei, dass dieses bestehende Provisorium dienstrechtlicher Regelungen, das mit dem Universitätsgesetz 2002 seit 1. 1. 2004 für alle Arbeitnehmer/innen der Universitäten gilt, zu gravierenden Nachteilen für das Universitätspersonal führt. Im Gegensatz dazu stehen der KV für das Abgehen vom Senioritätsprinzip (automatische Gehaltssprünge), die Einführung von Leistungskomponenten in der Entlohnung sowie die attraktive Gestaltung von Gehältern gerade bei jüngeren Mitarbeitern/innen.

Dem vom Gesetzgeber derzeit in Kauf genommenen „Brain Drain“ der Universitäten – eine Folge des geltenden Dienstrechts – würde der Kollektivvertrag die rechtliche Basis für eine weitergehende Laufbahn für herausragende junge Wissenschaftler/innen – nach angelsächsischem Vorbild als „Tenure Track“ gestaltet – entgegensetzen. Die uniko, der **Dachverband der Universitäten** als Kollektivvertragspartner und die GÖD waren sich von Anfang an bewusst, dass die Sanierung von Versäumnissen der Vergangenheit und die Einführung des Universitätsgesetzes 2002 notwendigerweise mit einem erhöhten finanziellen Aufwand verbunden sind. In sorgfältigen Berechnungen wurden Ende 2007 die Mehrkosten des Kollektivvertrags erstellt und den zuständigen Bundesministerien übermittelt.

Für die drei genannten Institutionen erscheint eine ausreichende Finanzierung der Mehrkosten und die zügige Inkraftsetzung des KV als unerlässliche Aufgabe. Ob diese Argumente auf Vater Staat Eindruck gemacht haben, wird sich wohl erst nach der Budgetrede des Finanzministers im April 2009 endgültig herausstellen. *mk*



**1 SUB AUSPICIIS PRAESIDENTIS:** Der bereits traditionelle Empfang der Mitglieder der Universitätenkonferenz durch Bundespräsident Heinz Fischer zum Gedankenaustausch in der Hofburg am 8. Jänner.

**2 MIKRO-FORSCHUNGSDIALOG:** EUA-Präsident und Rektor der Uni Wien Georg Winckler im Gespräch mit „Standard“-Redakteur Klaus Taschwer über mehr oder weniger exzellente Aussichten heimischer Hochschulen.

**3 AKADEMISCHES QUARTETT:** uniko-Präsident Christoph Badelt bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Spitzenvertretern von Wissenschaftsrat (Berka, rechts), Forschungsrat (Consemüller, Zweiter von links) und Fachhochschulrat (März, links) zum Thema Uni-Finanzierung am 23. September.

**4 INAUGURATION DER REKTORIN:** Ingela Bruner übernimmt als erste Rektorin einer österreichischen Universität am 28. Jänner offiziell die Amtsgeschäfte von Vorgänger Hubert Dürrstein an der Universität für Bodenkultur Wien.

**5 uniko IM TELETEST:** Präsident Badelt stellt sich nach der außerordentlichen uniko-Plenarversammlung am 22. September als ZiB-2-Studio-gast den Fragen von ORF-Moderatorin Marie-Claire Zimmermann.

## KOMMENTAR

# FÖRDERPROGRAMM ALS MEILENSTEIN IN DER STIMULIERUNG DER KUNSTENTWICKLUNG



**Gerald Bast**  
Dr.  
Sprecher der Arbeitsgruppe  
Kunstuniversitäten

**F** Nach mehrjährigen Bemühungen der Kunstuniversitäten konnte im Jahr 2008 endlich ein Förderungsprogramm für Entwicklung und Erschließung der Künste (EEK) fixiert werden. Im Sommer 2008 stimmte BM Hahn einem von den Rektoren der Kunstuniversitäten und dem Präsidenten des Wissenschaftsfonds (FWF) ausgearbeiteten Programm zu. Ziel des Programms ist die Förderung von Projekten zur Entwicklung und Erschließung der Künste, mit der Abwicklung wurde der FWF betraut.

Im Dezember 2008 wurde ein Letter-of-Interest-Call für dieses neue Programm gestartet. Zirka 200 Projekt-Proposals wurden eingereicht und von einer ausländischen Expertengruppe zum Zwecke der Feinadjustierung der Programmrichtlinien begutachtet. Noch vor dem Sommer 2009 soll die erste Ausschreibung für Projektanträge erfolgen. Die Installierung dieses Förderungsprogramms stellt nicht nur in Österreich einen Meilenstein in der Stimulierung von Kunstentwicklung dar, sondern hat auch international großes Aufsehen erregt: In der Schweiz, in Deutschland und in Schweden gibt es konkrete Bestrebungen, ähnliche Maßnahmen nach dem Muster des österreichischen EEK-Programms einzurichten.

Zumindest einen Teilerfolg dürften die Kunstuniversitäten in der Budgetierungssystematik errei-

chen: Das von den Kunstuniversitäten grundsätzlich kritisierte „Formelbudget“ wird zwar in der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode für die Jahre 2010 bis 2012 noch nicht abgeschafft, es dürfte aber wenigstens einen eigenen Formelbudgettopf für die Kunstuniversitäten geben. Damit wird erreicht, dass die Kunstuniversitäten in ihrer an bestimmten Leistungsindikatoren gemessenen Entwicklung nur mehr untereinander, aber nicht mehr mit den aufgrund ihrer Aufgaben- und Studienstruktur völlig anders gelagerten wissenschaftlichen Universitäten verglichen werden. Die grundsätzliche Kritik der Kunstuni-Rektoren an der Aussagekraft der Formelbudget-Indikatoren bleibt aber bestehen.

Mit deutlicher Skepsis begegnen die Kunstuniversitäten den Überlegungen, das Universitätenfinanzierungssystem auf eine Studienplatzfinanzierung umzustellen. Dessen Installierung mit international kompatiblen Kostensätzen würde nämlich bei gleichzeitiger Einführung einer flächendeckenden Studienplatzbewirtschaftung mittelfristig eine gravierende Ausweitung des Globalbudgets für die Universitäten erfordern. Andernfalls würde die Studienplatzfinanzierung – speziell in Zeiten angespannter Bundeshaushalte – wohl finanziell zu Lasten der kleinen Kunstuniversitäten gehen, ohne dadurch die Budgetsituation der großen Universitäten spürbar zu verbessern.

## KOMMENTAR DIES HORRIBILIS FÜR ÖSTERREICHS UNIVERSITÄTEN



**Wolfgang Schütz**  
Univ.-Prof. Dr.  
Sprecher der Arbeitsgruppe  
Medizinische Universitäten

Am 24. September 2008 beschloss der Nationalrat einen Stufenplan zur 70-prozentigen Steigerung der Zahl der Studienanfänger und -anfängerinnen an Medizinischen Universitäten und stellt diese naturgemäß vor riesige Herausforderungen.

Mit den derzeitigen Personalressourcen und der derzeitigen Infrastruktur wäre die qualitativ hohe Ausbildung unserer Studierenden nicht mehr garantiert. Mehr noch: Durch den sehr patientennahen Unterricht, welcher dem (zahn-)medizinischen Nachwuchs einen Erwerb an klinischen Fertigkeiten und Fähigkeiten ermöglicht, wäre diese international angesehene Ausbildung gefährdet und gegenüber den Patienten/innen nicht mehr vertretbar.

Die angekündigte Budgeterhöhung für die Universitäten für die Jahre 2010 bis 2012 hilft angesichts dieser Aussichten überhaupt nicht weiter, denn:

Es fehlt an Personal: Wir brauchen mindestens zusätzliche 800 Lehrende, die auch in den Forschungs- und Krankenversorgungsbetrieb eingebunden werden. Die Kosten: rund 55 Millionen Euro.

Es fehlt an Räumlichkeiten: Nach internen Schätzungen der MUW benötigen wir mindestens weitere 120 Hörsäle. Diese sind in den derzeitigen Bauten nicht verfügbar.

Es fehlt an Ausbildungsstätten: Klinische Ausbildungsplätze sind nicht beliebig vermehrbare. Es bedarf eines weiteren Universitätsspitals mit zirka 800 Betten, um den zusätzlichen Bedarf abzudecken.

Fehlt eine vierte Medizin-Universität? Die einzige Lösung für dieses Problem ist eine vierte Medizin-Universität, die allerdings genauso wenig benötigt wird wie die vom Nationalrat beschlossenen zusätzlichen Studienplätze. 



## KOMMENTAR

# EIN JAHR DER ZAHLREICHEN ÜBERRASCHUNGEN



**Samir Al-Mobayyed**  
Vorsitzender der  
Österreichischen  
HochschülerInnenschaft  
Bundesvertretung

**F** Als 2008 seinen Beginn nahm, hätte wohl niemand vermutet, was sich in diesem Jahr im Bereich der Hochschulpolitik noch alles ereignen würde. Aus Sicht der Studierenden standen viele der altbekannten Probleme auf der Tagesordnung. Eine UG-Novelle war trotz Koalitionsstreitereien im Anrollen, die Universitäten kämpften weiter mit extrem unterdimensionierten Budgets bei steigenden Studierendenzahlen, und zu guter Letzt gab es noch innerhalb der ÖH große Veränderungen.

Es war schon früh klar, dass das Wissenschaftsministerium Korrekturen am UG 2002 durchführen wollte. Der Minister bemühte sich im Vorfeld redlich, von allen Mitspielern Verbesserungsvorschläge zu Veränderungen im Hochschulbereich zu sammeln. Wir wissen nur leider bis heute nicht, was mit den zahlreichen Vorschlägen passiert ist. Denn was der Minister Mitte Mai präsentierte, war so gar nicht das, was wir uns unter einer vernünftigen UG-Reform vorgestellt hatten.

Die Liste an Kritikpunkten war dementsprechend lang – angefangen von einer schwammig formulierten Masterbeschränkung bis zur Verlagerung wesentlicher Kompetenzen weg vom Senat hin zum politisch besetzten Universitätsrat. Kurzum, der einzige wirklich positive Aspekt, den wir ausmachen konnten, war die geplante Entlassung der Studierendenanwalt-

schaft in die politische Unabhängigkeit. Das Zerbrechen der Koalition verhinderte zum Glück die Umsetzung dieser Novelle.

Im Juni 2008 kam es ohne Vorankündigung zu einem Wechsel in der ÖH-Führung: Die Koalition aus FLÖ, GRAS und VSSStÖ zerbrach, und mein Team und ich übernahmen die Arbeit an der ÖH-Spitze. Wir arbeiten seither sukzessive an unserem Ziel, das politische Gewicht der ÖH zu erhöhen und sowohl das Studierendenservice als auch die öffentliche Wahrnehmung und das Image der ÖH zu verbessern.

Im Vorfeld der Nationalratswahl im September drehte sich dann wieder einmal alles um die Abschaffung der Studiengebühren. In einer eilig einberufenen Sondersitzung wurde schließlich der Ausnahmekatalog für die Studiengebührenzahler großzügig erweitert, leider ohne die Konsequenzen zu bedenken. Eine extrem bürokratische und teure Regelung war die Folge. Dem wichtigen Thema der Hochschulfinanzierung wurden stattdessen leider nur einige halbherzige Entschließungsanträge gewidmet.

Die zahlreichen Probleme rund um die Bachelor-/Master-Umstellung, das Chaos bei den Studiengebühren sowie die teils kritische finanzielle Lage unserer Hochschulen warten darauf, endlich gelöst zu werden. Wir werden nicht lockerlassen, darauf hinzuweisen. **J**

## DIE BOTSCHAFTEN UND IHRE LAUTSTÄRKE: VOM SÄBELRASSELN ZUM SCHWEREN GESCHÜTZ



**Manfred Kadi**  
Referent  
Öffentlichkeitsarbeit

Man könne der Universitätenkonferenz nur „Mut einhauchen, sich stärker zu artikulieren“, meinte der Vorsitzende des Universitätsrates der Medizinischen Universität Wien, Erhard Busek, im Mai des abgelaufenen Jahres, durchaus wohlwollend zum Dauerbrenner Uni-Zugang. Dieser Appell des ehemaligen Wissenschaftsministers nagt natürlich am Selbstverständnis des Pressereferenten der vormaligen Rektoren- und nunmehrigen Universitätenkonferenz. War das Megafon 2008 nicht laut genug, um den exponentiell anwachsenden Unmut vieler Rektoren über politische Aussagen in die kleine österreichische Welt der „Wachtel-eier- und Kuschelkoalitionen“ hinauszublasken?

Die Aufgabe des Pressereferenten, vor den öffentlichen Äußerungen der uniko die Dezibel zwischen Säbelrassel und schwerem Geschütz angemessen einzustellen, ist eine ständige Gratwanderung, die – in Abstimmung mit dem Präsidenten und dem Generalsekretär – nichts von ihrer Faszination eingebüßt hat. Vor allem, wenn man sich „am Tag danach“ die mediale Ausbeute zu Gemüte führt, kann das sogar einem abgebrühten PR-Menschen Schauer über den Rücken jagen: *Rektoren in Aufruhr: Unis vor dem Kollaps* titelten am 4. Dezember die „Salzburger Nachrichten“ auf Seite 2. Die „Kleine Zeitung“ drehte am selben Tag den Regler gar bis zum Anschlag auf: *Unis schreien nach mehr Geld* lautete die Balkenletter-Über-

schrift über fünf Spalten der Seiten 4 und 5. Na ja, dieser Nachhall war vielleicht etwas zu schrill – oder doch nicht?

Der mediale Niederschlag der uniko-Botschaften lässt sich zwar von der Frequenz her steuern, aber nicht immer von der Intensität der Schlagzeilen. Apropos Häufigkeit: Zumindest da bestand 2008 kein Anlass für Unzufriedenheit, galt es doch auch den neuen Namen in den Redaktionen als Ersatz für die Traditionsmarke Rektorenkonferenz heimisch zu machen. Allein die APA bewies mit 45 eigenen Aussendungen, in denen auf die Universitätenkonferenz samt Kurzform „uniko“ Bezug genommen wurde, dass sich diese als Stimme der Hohen Schulen weiterhin Gehör verschaffen konnte.

Für diese Kontinuität der Einrichtung sorgte allen voran der Präsident der Universitätenkonferenz: Er verlieh der uniko nicht zuletzt in TV-Auftritten das, was alle Organisationen in der Öffentlichkeit neben der „Stimme“ brauchen – das Gesicht: Die ZiB-2-Sendung des ORF mit Rektor Christoph Badelt als Studiogast am 22. September verfolgten knapp 600.000 Seher/innen, den O-Ton Badelts über die drohende Budgetkürzung in vier verschiedenen ZiB-Ausgaben am 4. Dezember, darunter in der ZiB 1, nahmen rund zwei Millionen Zuschauer/innen wahr. An der Courage zur Artikulation wird es auch 2009 nicht mangeln.

# ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTENKONFERENZ

## PRÄSIDENT

### Christoph Badelt

Wirtschaftsuniversität Wien

## PRÄSIDIUM

### Gerald Bast

Vizepräsident,  
Universität für angewandte Kunst Wien

### Ingela Bruner

Universität für Bodenkultur Wien

### Heinrich C. Mayr

Universität Klagenfurt

### Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

### Hans Sünkel

Technische Universität Graz

### Georg Winckler

Universität Wien

### Alfred Gutschelhofer (kooptiert)

Universität Graz

### Heinrich Schmidinger (kooptiert)

Universität Salzburg

## PLENARVERSAMMLUNG

### Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

### Medizinische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

### Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer

### Medizinische Universität Graz

Vize-Rektor Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Tscheliessnigg  
ab 15. Februar 2008:  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

### Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Karlheinz Töchterle

### Medizinische Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Clemens Sorg  
ab 16. September 2008:  
Vize-Rektor Univ.-Prof. Dr. Manfred Dierich

### Universität Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

### Technische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky

### Technische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel

### Montanuniversität Leoben

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.  
Dr. Wolfhard Wegscheider

### Universität für Bodenkultur Wien

Rektorin Dipl.-Ing. Dr. Ingela Bruner

### Veterinärmedizinische Universität Wien

Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks

### Wirtschaftsuniversität Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

### Universität Linz

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

### Universität Klagenfurt

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

### Akademie der bildenden Künste Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen

### Universität für angewandte Kunst Wien

Rektor Dr. Gerald Bast

### Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

### Universität Mozarteum Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

### Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Rektor Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz

### Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



## FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

### Budget und Ressourcen

#### Vorsitz:

Rektor Heinrich C. Mayr  
Universität Klagenfurt  
ab 1. März 2008

#### Interimistischer Vorsitz:

Rektor Heinrich Schmidinger  
Universität Salzburg  
bis 29. Februar 2008

#### Subarbeitsgruppen:

Beteiligungscontrolling  
Straffung des Berichtswesens  
Formelbudget  
Großsanierungen

### Forschung und Erschließung der Künste

#### Vorsitz:

Vizekanzler Heinz Engl  
Universität Wien  
interimistischer Vorsitz bis 6. März 2008

#### Subarbeitsgruppen:

IPR / uni:invent  
Universitätsforum Alpbach  
European Institute of Technology (EIT)-KIC

### Lehre

#### Vorsitz:

Vizekanzler Arthur Mettinger  
Universität Wien

#### Subarbeitsgruppe:

Universitäten / Pädagogische  
Hochschulen-Kooperation (UPH-KOOP)

#### Task Forces:

Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR)  
Lehramt  
Universitäre Weiterbildung  
Studienbeiträge

### Internationales

#### Vorsitz:

Vizekanzler Hans Karl Kaiser  
Technische Universität Wien  
ab 22. April 2008:  
Rektor Wolfhard Wegscheider  
Montanuniversität Leoben

### Personal

#### Vorsitz:

Rudolf G. Ardelt  
Universität Linz

## DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

#### Vorsitz:

Rudolf G. Ardelt  
Universität Linz

## ORGANE

### ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

#### Kunstuniversitäten

**Sprecher:**

Rektor Gerald Bast  
Universität für angewandte Kunst Wien

#### Medizinische Universitäten

**Sprecher:**

Rektor Wolfgang Schütz  
Medizinische Universität Wien

### TERMINE DER PLENARVERSAMLUNGEN 2008

**20. ordentliche Plenarversammlung**

am 3. März 2008  
Veterinärmedizinische Universität Wien

**21. ordentliche Plenarversammlung**

am 28. April 2008  
Universität Wien

**22. ordentliche Plenarversammlung**

am 16. Juni 2008  
Montanuniversität Leoben

**4. außerordentliche Plenarversammlung**

am 22. September 2008  
Wirtschaftsuniversität Wien

**23. ordentliche Plenarversammlung**

am 13. Oktober 2008  
Universität Klagenfurt

**24. ordentliche Plenarversammlung**

am 1. Dezember 2008  
Universität für Bodenkultur Wien

### AKTIVITÄTEN DER uniko IN ZAHLEN 2008

Plenarversammlungen	6
Präsidiumssitzungen	11
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	86
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	9
Beschickte Tagungen im Ausland	33
Beschickte Tagungen im Inland	85
Empfänge ausländischer Gäste	4
Pressekonferenzen/ Pressegespräche	4
Presseaussendungen	14
Offizielle Stellungnahmen	13

### VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

**Vorstand:**

**Präsident:**

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

**Stellvertreter des Präsidenten:**

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

**Schriftführer:**

em. Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

**Kassier:**

Dr. Gerhard Riemer

## GENERALSEKRETARIAT

**Heribert Wulz**  
Mag.  
Generalsekretär



**Doris Schöberl**  
Mag.  
Stellvertretende  
Generalsekretärin  
Rechtsfragen  
Dachverband der Universitäten



**Gabriela Nimac**  
Dr.  
Internationales  
bis 30. November



**Nadine Jauk**  
MMag.  
Projektmitarbeiterin  
Bologna-Referat  
ab 29. April  
Internationales  
ab 1. Dezember



**Elisabeth Westphal**  
Mag.  
Bologna-Prozess  
Hochschulbildung  
in Europa  
Lehre



**Manfred Kadi**  
Öffentlichkeitsarbeit



**Wolfgang Nedobity**  
Mag.  
Budget  
Forschung



**Gerda Priessnitz**  
Organisation  
ab 1. August



**Sylwia Krul**  
Sekretariat



**Margit Zagiczek**  
Sekretariat  
bis 12. Oktober



## AUS ÜBERZEUGUNG PARTNER DER UNIVERSITÄTEN



**F** Aus der Österreichischen Rektorenkonferenz wurde Anfang 2008 die Österreichische Universitätenkonferenz (uniko). Unverändert – und unverändert wichtig – bleibt der Auftrag der Universitätenkonferenz: Sie unterstützt die Universitäten dabei, ihre Aufgaben noch besser zu erfüllen, auch wenn die Rahmenbedingungen nicht einfacher werden. Das ist für das ganze Land von Bedeutung, denn Wissen ist die zentrale Ressource unserer Gesellschaft. Wissenschaft und Forschung, Entwicklung und Innovation sind wesentliche Stützen unserer Volkswirtschaft im internationalen Standortwettbewerb.

### Neujahrsempfang der uniko

Die Bank Austria war am 8. Jänner 2008 Gastgeber der Österreichischen Universitätenkonferenz und lud zum Neujahrsempfang in die Räumlichkeiten des Oktogons in der Schottengasse (siehe Foto oben). Anlass war die Neuwahl des Präsidiums Anfang Dezember 2007 und die Umbenennung in Österreichische Universitätenkonferenz per 1. 1. 2008. Vorstandsdirektor Dr. Ralph Müller begrüßte Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Johannes Hahn, den wiedergewählten Präsidenten der Österreichischen Universitätenkonferenz Rektor Christoph Badelt sowie rund 110 Vertreter der österreichischen Universitäten, aus Wissenschaft, Politik und Medien.

Dr. Müller betonte in seiner Rede, dass die Universitäten ein wichtiger Geschäftsbereich der Bank sind. Er erläuterte auch die Markenumstellung und die Positionierung der Bank Austria als unverwechselbarer heimischer Marktführer mit

einer starken lokalen Verankerung in einer der führenden europäischen Bankengruppen. Die Bank Austria ist den 21 österreichischen Universitäten seit Jahrzehnten eng verbunden. Diese Kooperation ist vielfältig, intensiv und erfolgreich: So wurden zahlreiche Stipendien, Förderpreise und Stiftungen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung ins Leben gerufen, Konferenzen, Symposien und universitäre Austauschprogramme wie Gastprofessuren und Mobilitätsstipendien unterstützt.

Die Bank Austria berät die Universitäten intensiv dabei, ihre finanziellen Gestaltungsspielräume optimal auszuschöpfen. Denn das ist unser professioneller Alltag als Finanzpartner der österreichischen Wirtschaft. Dafür stehen wir mit all unserer Expertise, unserem Know-how, unserem österreichweiten und auch internationalen Netzwerk zur Verfügung.

### Umfassendes UniversitätsService

Die Kooperation mit Professoren und Universitätsmitarbeitern ist in allen Bundesländern durch unsere engagierten Universitätsbetreuer und Landesdirektoren sichergestellt. Der Universitätsbereich ist und bleibt ein wichtiger Geschäftsbereich der Bank. Daher bieten wir den Universitätsmitarbeitern im Rahmen unseres UniversitätsService nicht nur Produkte zu Sonderkonditionen, sondern auch umfassendes Service. Die Website [universitaetsservice.bankaustria.at](http://universitaetsservice.bankaustria.at) gibt einen Überblick über unsere aktuellen Angebote – egal, ob es um Sparen, Vorsorgen oder Finanzieren geht. Auch die für die einzelnen Universitäten zuständigen Ansprechpartner sind hier auf Knopfdruck abrufbar.



